

# Debt and Austerity in Europe

## Joachim Bischoff

Die Aussichten für die Ökonomie des Euroraums sind nach wie vor unbefriedigend<sup>1</sup>. Die OECD hat ihre Wachstumsprognosen für den Euroraum vor wenigen Tagen bekräftigt: sie erwartet für 2014 und 2015 ein Wirtschaftswachstum von einem Prozent. Dabei wird die Arbeitslosigkeit nach Einschätzung der OECD von 12,1 Prozent im laufenden leicht auf 11,8 Prozent im kommenden Jahr zurückgehen. Auch die Bruttoschuldenstandsquote wird daher nur geringfügig um wenige Punkte hinter dem Komma zurückgehen und bei 95 % des BIP verharren. Wenn die Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes eines Landes zwischen null und 1,5 Prozent verharrt und die Arbeitslosigkeit steigt, sollte man eher von Stagnation sprechen.

Verschärft wird diese anhaltende Krise der europäischen Wirtschaft durch massive Kürzungen bei den Staatsausgaben. Die Alternative ist eindeutig: sofortiger Stopp der Austeritätspolitik, eine Lösung des Schuldenproblems und vor allem ein europäischer New Deal für die Krisenländer. Eine wirtschaftliche Erneuerung und Überwindung der Krise muss neben einem umfassenden Investitionsprogramm (Vgl. dazu die Vorschläge des DGB und EGB) und einer Stärkung der europäischen Binnenökonomie begleitet werden durch eine Reihe von Veränderungen auf dem Terrain der Verteilungsverhältnisse; unter diesen Maßnahmen hätte eine europäisch ausgerichtete Vermögensabgabe einen herausragenden Stellenwert. Dazu zwei Thesen.

### These 1

Die Eurozone befindet sich auf einem schleppenden und fragilen Erholungskurs. Aber die schwere Krise von 2008 ist immer noch nicht überwunden. Denn im Dezember 2013 ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der Euro-Zone noch immer 3% niedriger als Anfang 2008 ausgefallen.

Auch die amerikanische Wirtschaft hat die Krise noch nicht überwunden. Seit 2010 blieb das Wachstum mit einem Tempo von durchschnittlich etwa 2 Prozent aber gering. Im Vergleich mit den Wachstumsraten in den achtziger Jahren ist dies eine deutlich schwächere Akkumulationsdynamik. Mittlereile hat die Wirtschaftsleistung je Kopf das Vorkrisenniveau überschritten. Doch sechs Jahre nach der schweren Wirtschafts- und Finanzkrise laborieren auch die Vereinigten Staaten noch immer an den Folgen. Ähnlich durchwachsen sieht auch die Entwicklung in Japan aus.

Der dramatischste Einbruch der globalen Wirtschaftsleistung seit der großen Weltwirtschaftskrise im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts ereignete sich im Herbst 2008 und war die unmittelbare Folge der weltweiten Finanzkrise. Um einen weitgehenden Zusammenbruch des Finanzsystems zu verhindern stellten Regierungen und Zentralbanken auf der ganzen Welt ihren Finanzinstituten viel Geld zur Verfügung und garantierten für deren Schulden. Diese Interventionen stoppten die Abwärtsspirale aber der nachfolgende Rückgang der Wirtschaftsleistung war doch der größte seit der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre.

Der außergewöhnliche Rückgang der Wirtschaftsleistung und die daraus entstehenden und bis heute anhaltenden Verluste werden für die USA bis 2016 auf 12,8 Billionen US-Dollar geschätzt und für die gesamte Weltwirtschaft ein kumulierter Verlust von über 60 Billionen Dollar erwartet. Vier Aspekte des wirtschaftlichen Rekonstruktionsprozesses sind für uns zentral :

---

<sup>1</sup> Vgl. dazu Trevor Evans

1. Von einer Rückkehr zur beschleunigten Kapitalakkumulation gehen die meisten Forschungsinstitute und kritischen Ökonomen nicht aus. Die OECD unterstellt in ihrer Langfristprognose bis 2030 ein durchschnittliches Wirtschaftswachstum von 2,1 Prozent.
2. International Labour Organisation prognostiziert einen Anstieg der globalen Arbeitslosigkeit auf 208 Millionen in 2015; in 70% der Staaten läge damit die Arbeitslosigkeit über dem Vorkrisenniveau von 2007/8. Es kommt zu einer Zunahme sozialer Ungleichheit und Spaltung insbesondere in der EU aufgrund massiver Einschnitte der Austeritätspolitik. Die These der ILO : eine anhaltende Krise mit steigender Arbeitslosigkeit wirkt als Katalysator von »sozialen Unruhen« . Die verschlechterte Beschäftigungs- und Einkommenssituation hat die Risiken anwachsen lassen, dass es zu sozialen Unruhen kommt. Die EU-27 wird von der ILO als eine Region mit einer signifikanten Zunahme der Gefahr sozialer Unruhen eingeschätzt.
3. Gerade die europäischen Banken sind trotz hoher Staatshilfen und Garantien und trotz verschärfter Auflagen in den letzten Jahren immer noch hoch verschuldet. Laut OECD hat der Finanzsektor des Euroraums im Zeitraum 2008 bis 2012 einen staatlichen Unterstützungsrahmen von 5,08 Billionen € erhalten (das entspricht über 40 Prozent des GDP); davon wurden über 1,6 Billionen € auch in Anspruch genommen.<sup>2</sup>  
Die europäischen Finanzminister täuschen die Öffentlichkeit, wenn sie behaupten, dass die Bankenunion die Menschen vor einer Fortsetzung der Spirale aus teuren Bankenrettungen und anschließenden sozialen Massakern schützen wird. Die Haftung der Aktionäre und Gläubiger der Banken kann durch eine Ausnahmeregelung in der Abwicklungsverordnung bei Bedarf weiterhin unbegrenzt umgangen werden. Aktuell wird die Summe an faulen Krediten in den Bankbilanzen der Eurozone auf rund eine Billion Euro geschätzt. DIE LINKE fordert die Schrumpfung, strikte Regulierung und demokratische Kontrolle des Finanzsektors, um Europa wieder eine wirtschaftliche Perspektive zu geben. Dies erfordert unter anderem eine konsequente und ausnahmslose Haftung von Anleihegläubigern und Eigentümern der Banken.. Die durch die Banken- und Finanzkrise auf den Staat abgewälzten Kosten sind durch eine EU-weite Vermögensabgabe sozial gerecht zu finanzieren.
4. Die Zentralbanken haben durch expansive Geldpolitik in den letzten Jahren einen erheblichen Beitrag zur Stabilisierung des Wirtschafts- und Finanzsystems geleistet. Die amerikanische Notenbank hat seit Ausbruch der Finanzkrise drei Runden der quantitativen Lockerung vollzogen. Jetzt riskiert die Notenbank eine schrittweise Rückführung der expansiven Geldpolitik.

**Table 1.1. State aid to the financial sector in the EU, 2008-12**

|                   | Used amounts<br>1.10.2008-1.10.2011 |             | Approved amounts<br>1.10.2008-1.10.2012 |             |
|-------------------|-------------------------------------|-------------|---|-------------|
|                   | EUR billion                         | % of GDP    | EUR billion                             | % of GDP    |
| Recapitalisation  | 322.1                               | 2.5         | 777.3                                   | 6.2         |
| Guarantees        | 1 084.8                             | 8.6         | 3 646.8                                 | 28.9        |
| Asset relief      | 119.9                               | 0.9         | 445.8                                   | 3.5         |
| Liquidity support | 89.0                                | 0.7         | 216.27                                  | 1.7         |
| <b>Total</b>      | <b>1 615.9</b>                      | <b>12.8</b> | <b>5 086.0</b>                          | <b>40.3</b> |

Source: European Commission (2012), "Report on State Aid Granted by the EU Member States – Autumn 2012 Update", SEC(2012) 443 final, Brussels; European Commission (2012), "Commission Staff Working Paper – Autumn 2012 Update", COM(2012) 778 final, Brussels.

Der IMF rechnet damit, dass die Realzinsen auch nach einer Normalisierung der Geldpolitik sehr niedrig bleiben werden. Es bleibt somit die Herausforderung, wie es einem niedrigen Zinsniveau zu einer Beschleunigung der Investitions- und Akkumulationsbewegung kommen kann.

Ein Ende der Großen Krise zu Beginn des 21. Jahrhunderts ist nicht in Sicht; deutlicher als andere Wirtschaftsräume ist die angeschlagene Euro-Zone auch ein Krisenfaktor für die Globalökonomie. Ohne durchgreifende Antikrisenpolitik droht aber auch den anderen Wirtschaftsräumen eine Fehlentwicklung wie in Japan seit der Krise 1989/90: jahrelange Stagnation, sinkende Einkommen, explodierende Schulden. Statt notleidende Schuld- und Eigentumstitel und faule Kredite abzuschreiben, werden diese Papiere aus Angst vor einem schockartigen Entwertungsprozess mit frischem Geld am Leben erhalten. Ohne Restrukturierung der faktisch entwerteten Eigentumstitel bleibt als Alternative die Fortführung der Notenbankpolitik. Gerade deshalb plädiert die Linke für eine Restrukturierung der Schulden durch eine Vermögensabgabe und eine Schrumpfung des Finanzsektors

## **These 2**

Die Krisenkonstellation in Europa stellt das größte Risiko für einen Absturz der Globalökonomie dar. Der Grund für diese Entwicklung: in einer Reihe von Ländern der Euro-Zone halten die Unternehmen und die privaten Haushalte an der Zielvorstellung fest, ihren Verschuldungsgrad herabzusetzen. Der harte Sparkurs bei den Staatsausgaben in den Ländern der Euro-Zone verstärkt den durch die Entschuldung des privaten Sektors ausgelösten Abschwung; insgesamt droht Europa nach einigen Krisenjahren in eine erneute Rezession abzugleiten. Neben einer Rekonstruktion der realen gesellschaftlichen Wertschöpfung muss in Europa eine Veränderung der Verteilungsverhältnisse eingeleitet werden.

Seit Jahrzehnten sehen wir eine massive Expansion von Vermögensansprüchen, privaten wie öffentlichen Schulden im Verhältnis zur Realökonomie. Stagnierende oder gar sinkende Reallöhne und steigende Unternehmens- bzw. Vermögenseinkommen schlagen sich in allen kapitalistischen Hauptländern in einer zunehmenden Spreizung Einkommen nieder. Die Ungleichverteilung des Wohlstands ist kein deutsches, sondern auch ein europäisches Problem. Etwa neun Prozent der EU-Einwohner verfügen über mehr als 60 Prozent des privaten Geldvermögens. Folgt man den Zahlen des World Wealth Report verfügen 2,8 Millionen Europäer – weniger als ein Prozent der EU-Bevölkerung – allein über ein Finanzvermögen von 9,4 Billionen Euro. Ein Großteil dieser privaten Vermögen wurde nie erarbeitet, sondern von Generation zu Generation weitervererbt und durch akkumuliertes Vermögenseinkommen vermehrt.

Eine europaweite Vermögensabgabe nach dem hier entwickelten Modell könnte ein Aufkommen von einigen Billionen Euro erbringen. Gesamtgesellschaftlich setzt sich die Ausrichtung am Shareholder value und die dahinter steckende Begünstigung der leistungslosen Kapital- und Vermögenseinkommen in einer fallenden Quote der Arbeitseinkommen und einer relativen Verselbständigung der Finanzmärkte nieder. Die massive Expansion der Vermögenstitel trifft auf ein schlecht reguliertes Finanzsystem.

In der bis heute anhaltenden Weltwirtschaftskrise des 21. Jahrhunderts geht es also nicht nur um die Bereinigungen in den Immobilienbereichen einiger Länder, sondern um die Verhinderung des Platzens der weltweiten Kreditblase, der Konsolidierung der öffentlichen Finanzen sowie die Verarbeitung einer strukturellen Überakkumulation.

Zutreffend ist die Einschätzung, dass ein Teil der kapitalistischen Länder tief in der Schuldenfalle sitzt und mit einer Politik der Austerität nur eine weitere Zerstörung des Produktionspotenzials und eine massive Absenkung des Lebensstandards erreicht wird. Die Alternative zielt auf eine Beendigung der Austeritätspolitik, D.h. eine Ausweitung von öffentlichen Investitionen, einem Schuldenschnitt und einer Besteuerung der Vermögen, letztlich einer Vermögensabgabe.

Die Alternative zum Spar- oder Austeritätskurs in der Gegenwart besteht darin, über die demokratische Willensbildung und entsprechende Mehrheitsverhältnisse Kapitaleinkünfte und Vermögen zu besteuern sowie Schulden zu streichen. Gegen diese naheliegende Lösung steht die Macht der Finanzoligarchie. Der Finanzsektor hat genügend Einfluss, um die Regierungen davon überzeugen zu können, dass die Wirtschaft zusammenbrechen werde, falls man »die Banken nicht rettet«.

Die Alternative zu diesen neoliberalen Schrumpfungsprogrammen ist überfällig: Es ist falsch, die Krisenstaaten durch einen rigiden Sparkurs zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit zwingen zu wollen. Durch Schrumpfungswirtschaften werden die Krisenländer nur zu einem Bedrohungspotenzial für die Globalökonomie. Parallel zum Sanierungsprozess muss eine konsistente Wachstumsstrategie implementiert werden, die europäisch eingebunden und finanziert wird. Mit zusätzlichen Finanzmitteln gilt es, eine schlüssige Innovationspolitik, eine Erneuerung der Wirtschaftsstruktur und einen Ausbau regionaler Innovationssysteme zu gestalten.

Selbst der Internationale Währungsfonds (IWF) hatte bereits vergangenen Herbst angesichts der steigenden Verschuldung vieler Länder eine Vermögensabgabe von zehn Prozent ins Gespräch gebracht. Auch die Deutsche Bundesbank hat die Erhebung einer Vermögensabgabe untersucht.<sup>3</sup> Hintergrund der Debatte ist die Beobachtung, dass in der Krise in einigen Euro-Ländern hohen öffentlichen Schulden umfangreiche staatliche und vor allem auch private Vermögen gegenüberstanden.

Die Vermögensabgabe ist eine Zahlung an den Staat, zu der Eigentümer großer Vermögen per Gesetz verpflichtet werden können, um eine finanzielle Notlage zu überbrücken. Im Unterschied zur jährlichen Vermögensteuer wird sie nur einmalig auf den aktuellen Vermögensbestand erhoben.

Vermögensabgaben sind ein außerordentliches fiskalisches Instrument, das für eine Übergangszeit eine wirksame Refinanzierung eines verschuldeten Staates erlaubt, ohne die Hilfe des Kapitalmarkts, der internationalen Gemeinschaft oder des Zentralbankensystems in Anspruch nehmen zu müssen. Denn: In den meisten Ländern stehen den staatlichen Schulden in wesentlich größerem Umfang private Vermögen gegenüber.

Die Vorteile von Vermögensabgaben liegen darin, dass sie weniger Steuerwiderstand und Ausweichreaktionen auslösen als konventionelle Steuererhöhungen. Da die steuerlich erfassbaren Vermögen stark auf die oberen zehn Prozent der Bevölkerung konzentriert sind, kann eine Vermögensabgabe auch dann noch ein erhebliches Aufkommen erzielen, wenn der Großteil der Bevölkerung durch hohe Freibeträge freigestellt wird.

Die Krise ist kein deutsches, sondern ein europäisches Problem. Deshalb kann sie auch nicht mit Konzepten gelöst werden, die sich nur auf Deutschland beziehen. Die Vermögensabgabe soll daher in der hier dargestellten Form in möglichst vielen Ländern Europas koordiniert erhoben werden.

---

<sup>3</sup> Monatsberichte Januar 2014

Table 1.1. **State aid to the financial sector in the EU, 2008-12**

|                   | Used amounts<br>1.10.2008-1.10.2011 |             | Approved amounts<br>1.10.2008-1.10.2012 |             |
|-------------------|-------------------------------------|-------------|---|-------------|
|                   | EUR billion                         | % of GDP    | EUR billion                             | % of GDP    |
| Recapitalisation  | 322.1                               | 2.5         | 777.3                                   | 6.2         |
| Guarantees        | 1 084.8                             | 8.6         | 3 646.8                                 | 28.9        |
| Asset relief      | 119.9                               | 0.9         | 445.8                                   | 3.5         |
| Liquidity support | 89.0                                | 0.7         | 216.27                                  | 1.7         |
| <b>Total</b>      | <b>1 615.9</b>                      | <b>12.8</b> | <b>5 086.0</b>                          | <b>40.3</b> |

Source: European Commission (2012), "Report on State Aid Granted by the EU Member States – Autumn 2012 Update", SEC(2012) 443 final, Brussels; European Commission (2012), "Commission Staff Working Paper – Autumn 2012 Update", COM(2012) 778 final, Brussels.